



Verband Berlin-Brandenburgischer  
Wohnungsunternehmen e.V.

## **ANLEGERINITIATIVE ZUM WEGFALL DER ANSCHLUSSFÖDERUNG: EINLADUNG ZUR PRESSEKONFERENZ**

15.12.2005      Fachinformation

Unter Berücksichtigung fällig werdender Bürgschaften, der Nichtbedienung von Rückbürgschaften durch den Bund, der Vermögensverluste bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und bei der Bankgesellschaft Berlin führt der Wegfall der Anschlussförderung zu erheblich geringeren Einsparungen im Berliner Landeshaushalt, als sie auf der Grundlage des Berichtes der durch den Senat eingerichteten Expertenkommission zur Frage der Anschlussförderung im Sozialwohnungsbestand bisher angenommen wurden. Die Interessengemeinschaft der Kapitalanleger im sozialen Wohnungsbau Berlin e.V. wird diese durch Gutachten unterlegte Feststellung in einer Pressekonferenz am Freitag, 16. Dezember 2005 um 10.30 Uhr im Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin, erläutern. Nach den Berechnungen der Initiative ist die im Januar 2003 durch Senat und Abgeordnetenhaus angenommene Einsparung aus dem Wegfall der Anschlussförderung in Höhe von rund einer Milliarden Euro nicht zu erreichen. Im Gegenteil – so die Initiative – wird der Ausstieg für das Land Berlin zu einer finanziellen Belastung. Eine tatsächliche Entlastung des Haushaltes für das Land Berlin finde nur statt, wenn eine modifizierte Förderung erfolge.

<https://bbu.de/beitraege/anlegerinitiative-zum-wegfall-der-anschlussfoederung-einladung-zur-pressekonferenz>